

Kein Votum für Entschlammung

Mehrheit: Finanzierung ist noch unklar

Kaarst (krü). Eine definitive Aussage der Stadt zur Entschlammung des Nordkanals wird es zunächst nicht geben. Die Mehrheit im Hauptausschuss stimmte am Donnerstagabend gegen entsprechende Anträge, die die SPD, die Grünen und der Förderkreis Holzbüttgen gestellt hatten.

Sozialdemokraten, Grüne, UWG und die Bürgerinitiativen wollten erreichen, dass der Rat die Entschlammung beschließt. „Die Bürger brauchen dieses Signal, auch wenn klar ist, dass nicht morgen die Arbeiter mit den Schaufeln anrücken“, argumentierte Ulf Imiela (SPD). Doch aus Sicht von CDU, FDP und Stadtverwaltung ist eine solche Entscheidung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Der Aufwand, insbesondere die Kosten für Zwischenlagerung und Entsorgung, könne noch nicht hinreichend beziffert werden. Inwieweit unter abfallwirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Landesförderung in Frage komme, sei noch offen, erklärte Bürgermeister Franz-Josef Moormann. Ein realisierbarer Finanzierungsvorschlag fehle. Daher könne weder ein Nachtragshaushalt seitens der Stadt noch seitens des Wasser- und Bodenverbandes Nordkanal aufgestellt werden. Die Prüfung, ob es kostengünstigere

Alternativen gibt (daran knüpfen unter anderem die Liberalen ihr Ja für die Maßnahme und eine eventuelle Vorfinanzierung), steht ebenfalls noch aus.

Um diese Kosten-Nutzen-Analyse auf den Weg zu bringen, will die Stadt Häuser am Kanal einmessen. Nach dem Hinweis des Förderkreises Holzbüttgen soll ein entsprechender Fragebogen geändert werden, um die Anonymität zu wahren. Ein Beschlussvorschlag der Verwaltung, für die Gebäude an Edelweiß- und Parkstraße ein Kellerhöhenkataster aufzustellen, ist zurückgestellt.

Derweil gehen die Kontroversen darüber weiter, ob der Nordkanal-Verband in der Vergangenheit geschlampt hat oder nicht. „Die Untere, Obere und Oberste Wasserbehörde haben erklärt, dass wasserwirtschaftlich nichts zu beanstanden ist“, betonte Moormann. Viele Bürger sind da bekanntermaßen anderer Ansicht, unter anderem Klaus-Dieter Pruss (Bürgerinitiative Grundwasser). Seine Fragen wurden allerdings weder in der Sitzung des Umweltausschusses (wegen Zeitdrucks) noch in der anschließenden Sitzung des Hauptausschusses (Hinweis auf die Geschäftsordnung: Keine Fragen zu Themen, die auf der Tagesordnung stehen) beantwortet.